

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 6. Mai 1992
am Donnerstag, dem 7. Mai 1992

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beucher, Friedhelm Julius (SPD)	4, 5	Dr. Knaape, Hans-Hinrich (SPD)	42, 53
Bock, Thea (SPD)	22, 23	Köppe, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33
Böhm, Wilfried (Melsungen) (CDU/CSU)	11, 35	Kolbe, Regina (SPD)	6, 7
Dr. Diederich, Nils (Berlin) (SPD)	14	Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	26
Ebert, Eike (SPD)	1	Kubatschka, Horst (SPD)	17, 52
Erler, Gernot (SPD)	30, 31	Dr. Kübler, Klaus (SPD)	20, 29
Ferner, Elke (SPD)	12	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	21, 39
Ganseforth, Monika (SPD)	40, 41	Dr. Lucyga, Christine (SPD)	50, 51
Gansel, Norbert (SPD)	2, 13	Dr. Mahlo, Dietrich (CDU/CSU)	34
Göttsching, Martin (CDU/CSU)	10	Mascher, Ulrike (SPD)	37, 38
Habermann, Michael (SPD)	48, 49	Mehl, Ulrike (SPD)	15, 16
Harries, Klaus (CDU/CSU)	24, 25	Dr. Otto, Helga (SPD)	8, 9
Jäger, Claus (CDU/CSU)	3	Schily, Otto (SPD)	28
Jungmann, Horst (Wittmoldt) (SPD)	46, 47	Stiegler, Ludwig (SPD)	27, 43
Kirschner, Klaus (SPD)	54, 55	Stockhausen, Karl (CDU/CSU)	36
Klemmer, Siegrun (SPD)	18, 19	Toetemeyer, Hans-Günther (SPD)	44, 45

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Senioren	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit	13

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Post
und Telekommunikation**

- | | |
|---|--|
| 1. Abgeordneter
Eike
Ebert
(SPD) | Sind die Forderungen der Bundesregierung an eine volle Funktionsfähigkeit des Fernmeldewesens in Katastrophenfällen (Netzfall o. ä.) gesenkt worden? |
|---|--|

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

- | | |
|--|--|
| 2. Abgeordneter
Norbert
Gansel
(SPD) | In welcher Weise beteiligt sich der Bundeskanzler nach den Rücktrittsankündigungen des Bundesministers des Auswärtigen, der der F.D.P. angehört, und der Bundesministerin für Gesundheit, die der CSU angehört, an den Entscheidungen über die Neubesetzung dieser Ressorts in Anbetracht des Umstandes, daß gemäß Artikel 64 GG die Bundesminister auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen werden? |
| 3. Abgeordneter
Claus
Jäger
(CDU/CSU) | Ist die Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Sabine Bergmann-Pohl auf meine am 23. April 1992 zu einem Grußwort der Bundesministerin für Gesundheit an die Organisation PRO FAMILIA gestellte mündliche Frage, Drucksache 12/2466, in der es wörtlich heißt: „PRO FAMILIA bietet psychologische, soziale und medizinische Beratung zu Partnerschaft, Sexualität und anderen Lebensfragen und nimmt in dem Spektrum der Beratungsangebote einen wichtigen Platz ein“, mit dem Bundeskanzleramt abgestimmt worden, und billigt der Bundeskanzler diese Aussage der Parlamentarischen Staatssekretärin? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

- | | |
|--|---|
| 4. Abgeordneter.
Friedhelm Julius
Beucher
(SPD) | Trifft es zu, daß bei der Spezialchemie Schönert GmbH i. L., Leipzig, ein Steuerberater eingesetzt wurde, der nicht Dipl.-Kaufmann (8 Semester Regelstudiumdauer), nicht einmal Dipl.-Betriebs- |
|--|---|

wirt (6 Semester Regelstudiumdauer), sondern nur Staatl. geprüfter Betriebswirt (4 Semester Regelstudiumdauer) ohne einschlägige Berufserfahrung ist und einen ganz anderen Beruf (Steuerberater, nicht beratender Volks- und Betriebswirt) ausübt, und wurden auch bei anderen Sanierungen in den neuen Bundesländern Leute beauftragt, die nach den in den alten Bundesländern gültigen Maßstäben für eine vergleichbare Aufgabe nicht herangezogen worden wären?

5. Abgeordneter
**Friedhelm Julius
Beucher**
(SPD)

Trifft es zu, daß von der Treuhandanstalt auch in anderen Fällen als bei der Spezialchemie Schöner GmbH i. L., Leipzig, für die Beurteilung, ob ein Unternehmen sanierungsfähig ist oder liquidiert wird, wobei Hunderte von Arbeitnehmern arbeitslos werden, Gutachten auf der Basis ausschließlich von Buchführungs- und Bilanzzahlen ohne Erstellung von entsprechenden Marktuntersuchungen erstellt und akzeptiert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

6. Abgeordnete
**Regina
Kolbe**
(SPD)

Folgt die Bundesregierung der Auffassung, daß die Fortexistenz strukturbestimmender Unternehmen in einer Region mit einem ähnlichen oder einem gänzlich anderen Produktpool geeignet sind, sogenannte „Sogeffekte“ für Zulieferer und andere Gewerbezweige zu erzeugen, und welche Schlußfolgerungen werden daraus gezogen?

7. Abgeordnete
**Regina
Kolbe**
(SPD)

Welche anderen Konzepte der produktiven Restrukturierung einer Region bestehen seitens der Bundesregierung, und welche sind das im einzelnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

8. Abgeordnete
**Dr. Helga
Otto**
(SPD)

Warum werden die Kriegsrenten in Ost und West verschieden berechnet, obwohl die Kriegsoffer von ein und demselben Staat in den Krieg geschickt wurden und bereits viele Jahre keine Entschädigung erhalten haben?

9. Abgeordnete
Dr. Helga Otto
(SPD)
- Besteht die Absicht, diese Kriegsrenten in kürzeren Zeitabständen anzupassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

10. Abgeordneter
Martin Götsching
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Interesse der neuen Bundesländer, konkret in Thüringen, einen vierstreifigen Ausbau einer Bundesstraße oder einer Autobahn von Erfurt nach Magdeburg in den ersten gesamtdeutschen Verkehrswegeplan 1992 in die Kategorie „Vordringlicher Bedarf“ aufzunehmen?
11. Abgeordneter
Wilfried Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Nachdem der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bundesbahn, Heinz Dürr, eine radikale Abkehr von der bisherigen Streckenstillegung angekündigt hat und jetzt den Nebenstrecken große Bedeutung zumißt, frage ich, wie hoch der durch die bisherigen Streckenstillegungen entstandene volkswirtschaftliche Schaden ist und wer dafür haftet?
12. Abgeordnete
Elke Ferner
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Nur-Ausbaulösung der Anbindung Saarbrückens an die Hochgeschwindigkeitsbahnverbindung Paris — Ostfrankreich — Südwestdeutschland zur Strecke über Straßburg konkurrenzfähig ist, oder teilt sie die Ausführungen des Bundesministers für Verkehr, Dr. Günther Krause, daß konkurrenzfähig günstige Zeiten durch einen Nur-Ausbau mit Sicherheit nicht zu erreichen seien (siehe Frage 16 in Drucksache 12/2466)?
13. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- In welcher Weise hat der Bundesminister für Verkehr bei der Vergabe des Neubaus der Holtenauer Hochbrücke in Kiel an die Firma Weiß & Freytag AG Hamburg, die die 520 m lange Stahlbrücke in Südafrika fertigen lassen will, berücksichtigt, daß das konkurrierende Angebot einer einheimischen Bietergemeinschaft, bei der die Stahlbauteile von dem Kieler Unternehmen HDW hergestellt werden sollten, eine um sechs Monate frühere Übergabe an den Verkehr ermöglicht und eine vorzeitige Beendigung der gefährlichen und provisorischen Kanalquerung ermöglicht hätte, und in welcher Weise war der Bundesminister für Verkehr, Dr. Günther Krause, an der Vergabe oder Bekanntgabe des Projekts persönlich beteiligt?

14. Abgeordneter
**Dr. Nils
Diederich
(Berlin)
(SPD)**
- Was hat den Bundesminister für Verkehr bewogen, die auf den Westberliner Havelgewässern seit 19 Jahren an jedem zweiten Wochenende im Monat geltenden Fahrverbote für Motorboote sowie die Geschwindigkeitsbegrenzungen dort aufzuheben, und ist er bereit, seine Entscheidung mit dem Ziel zu überprüfen, die bewährte und umweltfreundliche Regelung in modifizierter Form auf alle Havelgewässer in und um Berlin auszudehnen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

15. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl
(SPD)**
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen und wird sie ergreifen, um die amerikanische Bundesregierung zur Aufgabe ihrer starren Haltung bei der Reduzierung des Energieverbrauchs und der des Ausstoßes von klimaschädigenden Gasen zu bewegen, um die bevorstehende UNCED nicht scheitern zu lassen?
16. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl
(SPD)**
- Was gedenkt die Bundesregierung zur Sicherung eines Erfolges der UNCED zu tun, wenn die amerikanische Regierung bei ihrer starren Haltung bleibt?
17. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka
(SPD)**
- Warum hat die Bundesregierung erst jetzt die Überprüfung der Rohrleitungen im nuklearen Sicherheitsbereich in allen deutschen Leichtwasserreaktoren angeordnet, obwohl z. B. im Kernkraftwerk Würgassen seit Inbetriebnahme des Reaktors im Jahre 1971 der Herstellungsfehler der Rohrleitungen bekannt ist?
18. Abgeordnete
**Siegrun
Klemmer
(SPD)**
- Kann die Bundesregierung die Einschätzung des EG-Umweltkommissars Carlo Ripa di Meana bestätigen, daß dem einbetonierten „Unglücksreaktor“ in Tschernobyl ein Durchschmelzen droht und hier sofortige Abhilfe nötig sei, die ukrainische Regierung aber statt dessen einen der vier stillgelegten anderen Blöcke wieder in Betrieb nehmen will, und was wird die Bundesregierung, auch auf europäischer und internationaler Ebene, dafür tun bzw. hat sie dafür getan, daß Durchschmelzen und Wiederinbetriebnahme verhindert werden?

19. Abgeordnete
**Siegrun
Klemmer**
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß ein Weiterbau der drei im Bau befindlichen Atomreaktoren des Tschernobyl-Typs RBMK in der GUS ein unverantwortliches Sicherheitsrisiko darstellt, und was gedenkt sie dagegen zu tun, daß diese Reaktoren fertiggestellt und in Betrieb genommen werden, auch hinsichtlich einer möglichen Unterstützung von Energieeinsparmaßnahmen, dem Bau von Gasturbinenkraftwerken und anderen Maßnahmen zur Sicherstellung der Eigenversorgung, unter Ausschluß der Kernenergie?

20. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen des Erdbebens in der Woche vom 13. April 1992 auf die Sicherheit der Blöcke A und B des Kernkraftwerkes (KKW) Biblis, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang das Gutachten des Technischen Überwachungsvereins Bayern vom Herbst 1991, in dem Zweifel an der Erdbebensicherheit des KKW Biblis geäußert worden sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

21. Abgeordneter
**Ortwin
Lowack**
(fraktionslos)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zu verhindern, daß die – ohnehin begrenzten – Mittel für Deutsche in den Oder-Neiße-Gebieten nur zu einem kleineren Bruchteil wirklich den betroffenen Deutschen, sondern vor allem polnischen Institutionen zugute kommen?

22. Abgeordnete
**Thea
Bock**
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die politische Lage in Burma/Myanmar, und welche Konsequenzen hat sie daraus gezogen?

23. Abgeordnete
**Thea
Bock**
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß es aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzungen in Myanmar mittlerweile fast 70 000 Flüchtlinge in unterversorgten Flüchtlingscamps auf thailändischem Boden gibt, und wird die Bundesregierung dort Soforthilfe leisten, um die Versorgungssituation der Flüchtlinge zu verbessern?

24. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung einen Widerspruch darin, daß in der Charta der Vereinten Nationen die sogenannte Feindstaatenklausel immer noch enthalten ist, obwohl die Bundesrepublik Deutschland mit Recht überlegt, im Rahmen von Maßnahmen der VN und des Sicherheitsrates zu Blauhelmeinsätzen der Bundeswehr zu kommen?
25. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU)
- Strebt die Bundesregierung an, daß die Feindstaatenklausel in der Charta der Vereinten Nationen aufgehoben wird?
26. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussagen zur Verwendung des Begriffs „Vertreibung“ im Motivenbericht der Regierung der CSFR für die Bundesversammlung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik, und teilt sie die Auffassung, daß die Verwendung des Begriffs „Vertreibung“ eine rein moralische Bedeutung habe und daraus keinerlei rechtliche Forderungen gezogen werden dürfen?
27. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Wie ist der Stand der Verhandlungen mit den Vertragspartnern des NATO-Truppenstatuts und des Zusatzabkommens über die Revision des Zusatzabkommens, und wird die Bundesregierung einem Übungsbetrieb anderer Streitkräfte als der US-Streitkräfte erst dann zustimmen, wenn zuvor die Umwelt-, insbesondere die Lärmschutzprobleme, befriedigend geregelt sind?
28. Abgeordneter
Otto Schily
(SPD)
- Wie vielen Studentinnen und Studenten aus den USA wird ein Studium an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland durch Stipendien öffentlicher oder privater deutscher Institutionen ermöglicht?
29. Abgeordneter
Dr. Klaus Kübler
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Lage der Menschenrechte und den Demokratisierungsprozeß in der Côte d'Ivoire, insbesondere die Situation der Opposition, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Demokratie in diesem Land zu fördern?
30. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welche finanziellen und anderen Beiträge leistet die Bundesrepublik Deutschland für den Internationalen Fonds, der die Atomspezialisten der ehemaligen Sowjetunion in den Ländern der GUS halten und ihre Beschäftigung in Krisenregionen verhindern soll?

- | | |
|--|---|
| 31. Abgeordneter
Gernot
Erler
(SPD) | Welche anderen Länder haben sich in welchem Umfang zur Finanzierung und Organisation dieses Fonds bereit erklärt bzw. einen solchen Beitrag in Aussicht gestellt? |
|--|---|

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|--|--|
| 32. Abgeordnete
Ingrid
Köppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Welche Schritte hat die Bundesregierung gegenüber der Regierung der USA oder gegenüber der CIA unternommen, um Aufklärung über Pressemitteilungen zu erlangen, die von einer Vermutung der CIA seit Ende der siebziger Jahre über den Aufenthalt von RAF-Mitgliedern in der DDR berichten, und wie beurteilt die Bundesregierung die Zuverlässigkeit der von der Presse veröffentlichten diesbezüglichen Aussagen des ehemaligen CIA-Missionschefs und Geheimdienstkoordinators an der US-Botschaft in Bonn, die den genannten Sachverhalt bestätigen? |
| 33. Abgeordnete
Ingrid
Köppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Hat die Bundesregierung Schritte unternommen, und welche Ergebnisse liegen hieraus vor, die inzwischen erschienenen Presseberichte mit Angaben des ehemaligen CIA-Missionschefs und Geheimdienstkoordinators an der US-Botschaft in Bonn bestätigen oder widerlegen könnten, daß bereits seit Ende der siebziger Jahre auch die Bundesregierung oder bestimmte Ressorts – vermittelt über Erkenntnisse der CIA – von dem möglichen Untertauchen von Mitgliedern der RAF in der DDR informiert waren oder zumindest entsprechende Vermutungen vorlagen? |
| 34. Abgeordneter
Dr. Dietrich
Mahlo
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Umstand, daß in London ab 14. April 1992 die von Schloß Dyk/Rheinland stammende Waffensammlung versteigert wird, die eine der bedeutendsten des 17. Jahrhunderts ist, ein weiteres Indiz dafür darstellt, daß die deutschen Vorkehrungen zum Schutz national wertvollen Kulturguts nicht wirksam sind, und beabsichtigt die Bundesregierung eine gesetzliche Initiative zu ergreifen, um derartige Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern? |

35. Abgeordneter
Wilfried Böhmer
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Wie viele deutsche Staatsbürger haben in den Jahren 1989, 1990 und 1991 ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt, und welche Länder wurden dabei bevorzugt?
36. Abgeordneter
Karl Stockhausen
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, durch Änderung des geltenden Rechts die finanziellen Aufwendungen für Asylbewerber auf den im Durchschnitt von den übrigen Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft aufgewendeten Betrag abzusenken?
37. Abgeordnete
Ulrike Mascher
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Forderung des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Erich Riedl den Münchner Süden zur „asylantenfreien Zone“ zu erklären angesichts der Nähe dieser Forderung zu Erfolgsmeldungen von NS-Gauleitern, ihre Städte seien „judenfrei“?
38. Abgeordnete
Ulrike Mascher
(SPD)
- Ist die Entlassung des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Erich Riedl angesichts der Nähe seiner politischen Äußerungen zur Programmatik rechtsextremer Parteien Bestandteil der nächsten Kabinettsumbildung der Regierung?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

39. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- In welchem Umfang wird in Depots der Bundeswehr das, vor allem im ungereinigten Zustand, hochgefährliche Dekontaminierungsmittel C 8 gelagert, und ist die Bundesregierung, trotz zahlreicher Bedenken aus der Bundeswehr, der Auffassung, daß die Lagerung überall vorschriftsgemäß erfolgt?
40. Abgeordnete
Monika Ganseforth
(SPD)
- Wann kann der Bundesminister der Verteidigung im Interesse der Beschäftigten und der Region Klarheit über den Zeitpunkt der Verlegung des LTG 62 (Lufttransportgeschwader) schaffen, nachdem sich abzeichnet, daß sich Verzögerungen ergeben, weil inzwischen auch das Bundesministerium der Verteidigung die nicht zeitgerechte Infrastruktur in Brandenburg-Briest festgestellt hat, auf die Gegner der Verlegung frühzeitig hingewiesen haben?

41. Abgeordnete
Monika Ganseforth
(SPD)
- Stimmt die Aussage des stellvertretenden Kommodore des Fliegerhorstes Wunstorf, Oberstleutnant Claus Häußler (Leine-Zeitung vom 29. April 1992) „LTG 62 bleibt doch in Wunstorf“, daß neue Pläne für den Ausbau des Flugplatzes Brandenburg-Briest frühestens nach Ausmusterung der Transall C 160 greifen, und daß das voraussichtlich nicht vor dem Jahre 2010 sein wird?
42. Abgeordneter
Dr. Hans-Hinrich Knaape
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung den Flugplatz Briest bei Brandenburg für die Bundesluftwaffe in den kommenden Jahren wesentlich auszubauen, oder nimmt sie wegen der hohen Kosten von diesem Projekt Abstand?
43. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- In welchem Zeitplan und personellen Umfang wird die Heeresunteroffiziersschule II in Weiden sachlich und personell auf vier Inspektionen aufgestockt werden, und hat der Bundesminister der Finanzen die notwendigen Haushaltsmittel freigegeben?
44. Abgeordneter
Hans-Günther Toetemeyer
(SPD)
- Wie vereinbart die Bundesregierung die durch das Bundesministerium der Verteidigung verursachten Verzögerungen bei der Lieferung von vier demilitarisierten Minenräumpanzern und anderen Spezialfahrzeugen aus den Beständen der Nationalen Volksarmee (NVA) der ehemaligen DDR an Angola mit ihrer in der Bundestagsdebatte vom 12. März 1992 gegebenen Zusage, „Angola bei der Wahlvorbereitung (zu) helfen“ sowie mit der seitens der Regierungsparteien in ihrem Antrag vom 11. Dezember 1991 (Drucksache 12/1814) ausgesprochenen Empfehlung, „freundschaftlich darauf hinzuwirken, daß die vereinbarten freien, fairen und demokratischen Wahlen in ganz Angola (. . .) auch wirklich stattfinden können“, und teilt sie die Auffassung, daß die für Herbst 1992 anberaumten Wahlen in Angola nur dann stattfinden können, wenn die Bevölkerung die Wahllokale gefahrlos auf minenfreien Zufahrtsstraßen erreichen kann?
45. Abgeordneter
Hans-Günther Toetemeyer
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß das Angebot der Nichtregierungsorganisation Cap Anamur, schnelle und unbürokratische Hilfe bei der Räumung von Minen in Angola zu leisten, der von den Regierungsparteien gegenüber der Bundesregierung ausgesprochenen Empfehlung, „über Nichtregierungsorganisationen Hilfen zur Demokratisierung Angolas in der Übergangsphase anzubieten“ entspricht, und warum leistet sie dieser Empfehlung nicht unverzüglich Folge?

46. Abgeordneter
Horst Jungmann
(Wittmoldt)
(SPD)
- Trifft es zu, daß das Bundesministerium der Verteidigung beabsichtigt, für die Bundeswehr eine Million neue Gefechtshelme aus Aramit-Gewebe für ca. 250 Mio. DM zu beschaffen, und wenn ja, welche Erkenntnisse haben dazu geführt, daß der zur Zeit eingeführte Stahlhelm keinen ausreichenden Schutz mehr bietet?
47. Abgeordneter
Horst Jungmann
(Wittmoldt)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der Aramit-Helm nur eine Nutzungsdauer von ca. 4 Jahren hat und daß Untersuchungen in einem holländischen Institut ergeben haben, daß der Gefechtshelm aus Aramit keinen ausreichenden Überlebensschutz bietet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Senioren

48. Abgeordneter
Michael Habermann
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, daß es in der Bundesrepublik Deutschland eine wachsende Armut gibt, und wenn nicht, auf welche Daten stützt die Bundesregierung ihre gegenteilige Auffassung?
49. Abgeordneter
Michael Habermann
(SPD)
- Aufgrund welcher Daten bezeichnet die Bundesministerin für Familie und Senioren, Hannelore Rönsch, die im Bericht zur bedarfsorientierten Grundsicherung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes genannte Anzahl der Sozialhilfeempfänger in 1992 als unseriös?
50. Abgeordnete
Dr. Christine Lucyga
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung inzwischen Informationen darüber vor, welche negativen Auswirkungen die Neufassung der Vergaberichtlinien für den Hilfsfonds „Schwangere in Not“ zum 1. Januar 1992 hinsichtlich der noch zu bearbeitenden bereits im Vorjahr nach anderslautenden Konditionen gestellten Anträge auf Wohnraumsanierung hat?
51. Abgeordnete
Dr. Christine Lucyga
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach den seit Januar 1992 geltenden Richtlinien ca. 70% bis 80% der Anträge, die sonst hätten gefördert werden können, nicht mehr gefördert werden und damit viele Frauen hochgradig enttäuscht werden, die im Vertrauen auf die zugesagten Hilfen ihre Lebensplanung darauf eingestellt und mit den im Fonds versprochenen Mitteln gerechnet hatten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

52. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Welche Forschungen wurden bisher zur Bekämpfung der FSME (Frühsommermeningoenzephalitis)-Virus übertragenden Zecken durchgeführt, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung zum Schutz der Bevölkerung gegen diese sogar bis zum Tod führende Erkrankung getroffen?
53. Abgeordneter
Dr. Hans-Hinrich Knaape
(SPD)
- Stellt die am 1. Januar 1992 in Kraft getretene Regelung des § 42a SGB V über nicht-ärztliche sozialpädiatrische Leistungen darauf ab, daß die dort genannten psychologischen, heilpädagogischen und psychosozialen Leistungen, die der Erkennung einer Krankheit zum frühestmöglichen Zeitpunkt sowie der Aufstellung eines Behandlungsplans dienen, nur in sozialpädiatrischen Zentren oder auch bei niedergelassenen kinder- und jugendpsychiatrischen Ärzten zu Lasten der Krankenkassen erbracht werden können?
54. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den zwischen dem AOK-Landesverband Niedersachsen und der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen abgeschlossenen Honorarvertrag, der einen gespaltenen Punktwert für ärztliche Honorare für die KVdR-Versicherten einerseits und die Allgemeinversicherten andererseits vorsieht?
55. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den auch 1991 wie in den Vorjahren ungebrochenen Trend einer steigenden Anzahl niedergelassener Kassenärzte, wobei ein besonderes Plus der Fachärzte festzustellen ist, und die damit einhergehende Zunahme der Fallzahlen als auch der abgerechneten Fälle je Mitglied im Hinblick auf den im SGB V festgelegten Grundsatz der Beitragsstabilität?

Bonn, den 30. April 1992

